

Mach' meinen Kumpel nicht an!

MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!

AKTIV FÜR CHANCEN-GLEICHHEIT

6/2020

Wir sagen Danke!



Lieber Giovanni, lieber Holger,

Ihr habt als Vorsitzender und stellv. Vorsitzender des Kumpelvereins Großartiges geleistet. Wir lernten euch als Menschen mit außergewöhnlichem Engagement und einer Leidenschaft für die Sache – gegen Rassismus jeglicher Art – kennen. Dies hat den Verein „Mach' meinen Kumpel nicht an!“ weit nach vorne gebracht. Am 4. Dezember seid Ihr aus dem Vorstand ausgeschieden, aber Euer Engagement wird in Erinnerung bleiben. Wir danken Euch herzlich und wünschen alles Gute für die Zukunft!

Vorstand und alle Mitarbeiter*innen des Kumpelvereins

„Gemeinsam schaffen wir das!“

Ein Interview mit dem neuen Vorstand des Kumpelvereins



Der neu gewählte Vorstand der Gelben Hand in einer ersten digitalen Sitzung: (v. l.) Anne Jacobs, Dietmar Schäfers, Kai Venohr, Marc Neumann, Regina Karsch, Romin Khan, Sabrina Kunz

Am 4. Dezember 2020 fand im Rahmen einer Videokonferenz die Mitgliederversammlung des Kumpelvereins statt. Auf der Tagesordnung standen eine Satzungsänderung, die eine neue und flexible Zusammensetzung des Vorstands ermöglichte sowie die Streichung des Wortes „Fremdenfeindlichkeit“ aus dem Namen und der Satzung des Vereins. Somit begann am 4. Dezember eine neue Zeit für den Kumpelverein. Zum neuen Vorsitzenden wurde Dietmar Schäfers (IG BAU) gewählt. Anne Jacobs (EVG) und Romin Khan (ver.di) wurden zu stellv. Vorsitzenden gewählt. Regina Karsch (IG BCE), Sabrina Kunz (GdP), Marc Neumann (DGB) und Kai Venohr (DGB Bildungswerk Bund) wurden als weitere Vorstandsmitglieder gewählt. Wir sprachen mit der neuen Spitze des Kumpelvereins über ihre Pläne für den Verein und die aktuellen Herausforderungen im Kampf gegen rechts, Rassismus und für Demokratie.

Lieber Dietmar, du gehörst zur gewerkschaftlichen Prominenz auf Bundes- und europäischer Ebene. Du bist ein langjähriges Mitglied im Kumpelverein. Vor welchen Herausforderungen stehen wir aktuell?

Rassismus und Rechtsextremismus sind der Sargnagel unserer Demokratie und dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Dennoch machen Menschen in der Bundesrepublik täglich Erfahrung mit Rassismus und rechtsextremen Positionen. Die Herausforderung ist „dagegehalten und Position beziehen“, egal ob es in der Familie, Nachbarschaft, dem Freundeskreis, in der Kneipe, in der Schule oder am Arbeitsplatz ist. „Dagegehalten und Flagge zeigen“ auch in den sogenannten sozialen Medien wie Facebook oder WhatsApp. Viele tun das bereits, aber es müssen mehr werden. Da spielen, auch wenn es den Arbeitsplatz betrifft, die Mitglieder der DGB-Gewerkschaften, die Betriebs- und Personalräte sowie die Jugend- und Auszubildendenvertretungen eine wichtige Rolle als „Botschafter für Demokratie und Gleichberechtigung und gegen Rassismus“! Die machen einen wirklich guten Job und wir unterstützen sie tatkräftig da, wo es gewünscht ist.

Du hast gerade von Personal- und Betriebsräten gesprochen, wo siehst du den Kumpelverein im Kampf um weltoffene und solidarische Gremien?

Ja, die laufenden Personalratswahlen, die Jugend- und Auszubildendenvertreterwahlen und die Betriebsratswahlen 2022 sind wichtige Meilensteine beim Thema Demokratie und Mitbestimmung im Betrieb. Die Gewerkschaftssekretär*innen der Einzelgewerkschaften im DGB unterstützen die betrieblichen Akteur*innen tatkräftig. Aber auch der „Kumpelverein“ bietet Materialien und „Inhouse Veranstaltungen“ zum Thema Rassismus, gegen rechts und für Gleichbehandlung an.

Die „Gelbe Hand“ ist in vielen Betrieben zu einem sichtbaren Zeichen gegen „Hass und Gewalt und für Vielfalt und eine bunte Gesellschaft“ geworden. Aber ich denke da ist noch „Luft nach oben“. Das ist noch ausbaufähig. Daran werden wir weiter intensiv arbeiten!

Du hast in deiner Antrittsrede gesagt „Wir werden nicht abtauchen, sondern Flagge zeigen“. Eine motivierende und zugleich kämpferische Aussage. Was können unsere Fördermitglieder und die vielen gewerkschaftlichen Aktiven vor Ort vom Kumpelverein in den kommenden Jahren erwarten?

Der „Kumpelverein“ lebt vom MITMACHEN. Das bedeutet konkret, den Anteil der Fördermitglieder als Multiplikator*innen „gegen rechts“ zu vergrößern. Neben den betrieblichen Akteuren brauchen wir auch eine noch stärkere Ausrichtung auf die Jugend. Da braucht es weitere Angebote zum MITMACHEN im Kumpelverein. Der neu gewählte Vorstand wird die bisherigen Konzepte weiter optimieren und die Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Netzwerkarbeit sowie die inhaltlichen Angebote verstärken. Ziel ist es, die „Gelbe Hand“ zu einem starken Zeichen zu machen gegen Rassismus, Ungleichheit und Rechtsextremismus in allen gesellschaftlichen Gruppen, am Arbeitsplatz, den Schulen und in der Öffentlichkeit. Gemeinsam schaffen wir das!

Fortsetzung des Interviews auf Seite 2

Liebe Anne, du bist eine Expertin in Sachen „Öffentlichkeitsarbeit“. Wenn du an das alte gewerkschaftliche Symbol gegen rechts, die Gelbe Hand, denkst, welche Potenziale siehst du? Wie können wir das Symbol besser nutzen?

In unseren Gewerkschaftskreisen ist das Symbol an sich immer noch bekannt und präsent. Unser Ziel muss es aber sein, viel mehr junge Menschen mit dem Logo, seiner Bedeutung und damit verbundener Aufforderung in Kontakt zu bringen. Das stärkt zum einen die Idee, für Gleichbehandlung und gegen Rassismus einzutreten. Zum anderen hilft es uns als Gewerkschaften, unsere soziale Verantwortung zu unterstreichen – die wir über die Gewerkschaftsarbeit hinaus übernehmen.

Wenn wir es schaffen, mit dem Symbol junge Leute zu erreichen und im Weiteren diese dann mit spannenden Inhalten zu binden – dann werden unsere Botschaften über funktionierende Netzwerke verbreitet. Dabei ist es egal, ob wir Gewerkschaftsmitglieder oder gesellschaftlich engagierte Menschen für unsere Ziele begeistern. Aber – dafür müssen wir Inhalte liefern, die junge Menschen ansprechen. Damit sie im Weiteren bereit sind, diese zu teilen und zeitgleich zu eigen zu machen.

Lieber Romin, die Satzungsänderung, das Wort „Fremdenfeindlichkeit“ aus dem Namen des Vereins zu streichen, geht auf deine Initiative zurück. Sie ist ein Zeichen für einen langsamen, aber unaufhaltsamen Modernisierungsprozess im Kumpelverein. Warum hat der Verein das Wort „Fremdenfeindlichkeit“ gestrichen?

Ja, es stimmt. Ich habe der Mitgliederversammlung vorgeschlagen, den Begriff Fremdenfeindlichkeit aus dem Namen des Kumpelvereins zu streichen und freue mich, dass wir den Beschluss dazu einstimmig getroffen haben. Wir hatten schon häufiger darüber gesprochen, ob der Begriff das, wogegen wir uns wenden, angemessen beschreibt. Aber den letztendlichen Anstoß gab dann das Gedenken in Hanau, wo am 19. Februar neun junge Menschen aus rassistischen Gründen umgebracht wurden.

„Die Opfer waren keine Fremden, sie waren Hanauerinnen und Hanauer.“ Das war die eindrückliche Botschaft der Angehörigen und Unterstützer*innen nach dem Anschlag von Hanau. Wenn auch ungewollt und gut gemeint, übernimmt und verstärkt der Begriff Fremdenfeindlichkeit die Perspektive der Täter, die Menschen angreifen, weil sie in ihren Augen fremd seien. Der Begriff betrachtet die Opfer nicht als selbstverständlichen Teil der Gesellschaft, sondern sieht in ihrer Differenz zur Mehrheitsgesellschaft die Ursache für Aggressionen.

In Wirklichkeit findet ein Übergriff jedoch nicht statt, weil das Opfer eine bestimmte Eigenschaft oder Herkunft hat, sondern weil der Täter eine bestimmte Einstellung hat. Bei dieser werden äußerliche oder kulturelle Merkmale von Menschen zu Gruppenidentitäten konstruiert, die

mit bestimmten Eigenschaften oder Verhaltensweisen verknüpft und abgewertet werden. Wenn diese Ausgrenzung historischen Mustern folgt, sie Ungleichheit legitimiert und mit gesellschaftlicher Macht unterlegt ist, sprechen wir von Rassismus. Wenn wir die Gesellschaft besser und gerechter machen wollen, müssen wir verstehen, dass Rassismus nicht 1945 aufgehört hat zu existieren, sondern dass er bis heute ein wichtiges Ordnungssystem ist, von dem wir alle geprägt sind. Begriffe wie Fremdenfeindlichkeit führen uns bei dieser Aufgabe auf eine falsche Fährte.

Liebe Regina, drei der sieben Vorstandsposten im Kumpelverein werden von Frauen bekleidet. Wenn man sich die Zusammensetzung der Fördermitglieder anschaut, sehen wir noch viel Luft nach oben. Sind Frauen im Kumpelverein gut aufgehoben?

Zunächst einmal ist es wichtig festzuhalten, dass Rassismus kein Geschlecht kennt. Alle Geschlechterformen – also nicht nur „Mann oder Frau“ können sich rassistisch verhalten.

Natürlich wissen wir aber aus der Statistik, dass gerade Männer überproportional häufig rassistische Verhaltensweisen an den Tag legen. Aber wir sehen auch, dass Frauen sich zunehmend rassistisch verhalten. Lass es mich an einem Beispiel verdeutlichen: In der aktuellen Debatte rund um das Querdenken-Bündnis finden sich viele Frauen, die sich in kruden völkisch-esoterischen Verschwörungstheorien verlieren. Ich finde, hier müssen wir als Gelbe Hand verstärkt drauf schauen – und das müssen wir gemeinsam mit Kolleginnen tun, die sich in der Gelben Hand organisieren und engagieren.

Mit der vielfältigen Besetzung des neuen Vorstands haben wir ein starkes Signal gesetzt: Engagement gegen rechts geht JEDE*N etwas an. Diesen Drive müssen wir jetzt nutzen! Und gerade deswegen sehe ich es als Frau im Vorstand als meine Aufgabe insbesondere Frauen für den Kumpelverein zu begeistern – egal ob jung oder jung geblieben.

Lass mich deine Frage also entsprechend so beantworten: der Kumpelverein ist bei den Frauen gut aufgehoben.

Liebe Sabrina, du hast gesagt, dass du im Kumpelverein gut aufgehoben bist. Das hat uns neugierig gemacht. Welche Projekte würdest du gerne mit der Gelben Hand vorantreiben?

Ich bin sehr froh darüber, dass die Mitgliederversammlung einer Vorstandserweiterung zugestimmt hat und dass der Vorstand nun noch vielfältiger besetzt ist. Bei dem Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus ist es mir wichtig, dass wir in der Außendarstellung deutlicher betonen müssen, was wir wollen und wie wir uns die Gesellschaft vorstellen. Aktuell wird gerade auch in der medialen Diskussion viel zu sehr betont, was wir nicht wollen:

Rechtsextremismus und Rassismus in unserer gesamten Gesellschaft. Diese Betonung macht den Menschen Angst und verunsichert sie.

Als Polizistin, Gewerkschafterin und Antifaschistin ist mir unser Ziel klar; ich möchte dies positiv formulieren: Wir wollen eine demokratische, eine vielfältige und eine bunte Gesellschaft. Es wird auch weiterhin die Aufgabe des Kumpelvereins sein, hierzu einen ganz wesentlichen Beitrag zu

leisten. Dabei ist es mir wichtig, dass wir unsere Mitgliederentwicklung weiter ausbauen, Menschen um uns einen, welche die gleichen Ziele verfolgen. Ich bin mir sicher, dass dies die deutliche Mehrheit der Menschen ist. Darüber hinaus möchte ich gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen im Vorstand die jungen Zielgruppen ansprechen, junge Menschen für unsere Ideen und Vorstellungen begeistern und zum Mitmachen motivieren.

Lieber Marc, seit 1986 kämpft der Verein gegen Rassismus und Rechtsextremismus in der Arbeitswelt. Demokratie wurde zum dritten Schwerpunkt seiner Arbeit. Warum ist unsere Arbeit innerhalb der Gewerkschaften wichtig?

Die Gelbe Hand ist ein wichtiges Symbol geworden. Ihre Aussage ist klar: Wir stehen für Solidarität, gegen Rassismus und Ressentiments. Wir sind auf einem guten Weg, nicht nur diese wichtige symbolische Strahlkraft zu nutzen, sondern auch eigene Akzente zu setzen. Damit gestalten wir einen wichtigen Teil auch des Markenkerns der Gewerkschaften und des DGB. Die Verhältnisse werden doch gerade nicht besser und einfacher. Die Corona-Proteste zeigen, dass sich ein oft diffuses Unbehagen mit knallharten Interessen von Neonazis, Reichsbürger und Verschwörungsgläubigen mischt. Sie radikalisieren sich, und das schwappt auch in die Betriebe. Der Kumpelverein kann hier viel bewegen – aufklären und für Solidarität mit den Älteren und Schwachen werben, mit den wirklichen Held*innen der Krise: im Krankenhaus, im Handel, in der Zustellung, in der Schule.

Lieber Kai, du hast schon immer gesagt, dass die Gelbe Hand in die Betriebe gehöre. Was ist am Kumpelverein so besonders?

Der Kumpelverein ist traditionell in den Gewerkschaften und in den Betrieben fest verankert. Es geht darum, Solidarität in den Betrieben und Unternehmen weiterhin zu stärken. Gerade in den jetzigen Zeiten der Pandemie, in denen Arbeitsplatzängste, Kurzarbeit und wirtschaftliche und soziale Schief lagen bei vielen Menschen zu Unsicherheiten führen, müssen wir verhindern, dass rechte Rattenfänger und Verschwörungsideologen das ausnutzen. Der Kumpelverein kann hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Er ist in den Betrieben bekannt als Symbol für solidarisches menschliches Miteinander, wo Herkünfte, Hautfarben und sozialer Status keine Rolle spielen (sollten) und hat daher eine wichtige Funktion im Kampf gegen Menschenfeindlichkeit in der Arbeitswelt.

Als Polizistin, Gewerkschafterin und Antifaschistin ist mir unser Ziel klar; ich möchte dies positiv formulieren: Wir wollen eine demokratische, eine vielfältige und eine bunte Gesellschaft.
(Sabrina Kunz, GdP)



„Wir müssen dauerhaft an unseren demokratischen Grundwerten arbeiten.“

Kabinettsausschuss der Bundesregierung legt Maßnahmenpaket gegen Rassismus vor. DGB-Bundesvorstandsmitglied Anja Piel fordert langfristiges Engagement.

DGB Die rechten Gewalttaten in Hanau, Halle und der Mord an Walter Lübcke haben die Bundesregierung veranlasst, einen Kabinettsausschuss einzuberufen. Dieser Ausschuss hat am 25.11.2020 einen Katalog von 89 Handlungsansätzen gegen Rechtsextremismus und Rassismus vorgestellt. Neben der Stärkung des fachlichen Austausches zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Sicherheitsbehörden sollen auch Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für diejenigen ausgebaut werden, die von rassistischer oder rechter Gewalt betroffen sind. Auch für die Arbeitswelt sind Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Rassismus geplant. „Dass die Bundesregierung nun bereit ist, in den kommenden Jahren die zivilgesellschaftliche Arbeit gegen rechte Gewalt und Rassismus zu fördern, ist ein guter erster Schritt“, kommentiert DGB-Vorstandsmitglied Anja Piel die Veröffentlichung des Maßnahmenkataloges. „Eine solche Förderung ist langfristig notwendig, denn Rechtsextremismus ist kein Phänomen, das in ein paar Jahren verschwindet. Wir erwarten daher, dass zeitnah Eckpunkte für ein Demokratieförderungsgesetz vorgelegt werden. Wir müssen gemeinsam einen neuen gesellschaftlichen Konsens von Respekt und Gleichbehandlung herstellen, der antidemokratisches Verhalten und rassistische Ausgrenzung zurückweist und wo nötig auch sanktioniert. Dies muss sich auch in der wirtschaftlichen Transformation, der weiteren Ausgestaltung von demokratischen Verfahren, in staatlichen Struk-



Anja Piel, Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB
(Foto: DGB/ Joanna Kosowska)

turen und der Zivilgesellschaft widerspiegeln.“ Die 89 Maßnahmen sollen ein stärkeres Bewusstsein für Rassismus schaffen, mehr Prävention leisten, Betroffene von Diskriminierung stärker schützen und für mehr Anerkennung einer pluralen Gesellschaft sorgen. Die Bundesregierung will für diese Vorhaben zwischen 2021 und 2024 mehr als eine Milliarde Euro zur Verfügung stellen. Auch rechtliche Verschärfungen sind geplant: So sollen in Zukunft rechtextreme Feindeslisten, auf denen politische Gegner bedroht werden, explizit unter Strafe gestellt werden. Ebenso wird ein neuer Straftatbestands der „rassistischen Hetze“, der Betroffene individuell schützen soll, geschaffen. Der Begriff „Rasse“ soll aus dem Grundgesetz gestrichen werden. Das Paket sieht außerdem eine Studie zum Alltagsrassismus in Zivilgesellschaft, Unternehmen und öffentlichen Institutionen vor. Auch ein Forschungsprojekt zur Untersuchung des Polizeialltags wurde auf den Weg gebracht. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Annette Widmann-Mauz, betonte, die Bekämpfung von Rassismus sei „eine Daueraufgabe, die uns noch lange beschäftigen wird“. So sieht das auch die DGB-Vorstandsmitglied Anja Piel und fordert: „Wir müssen dauerhaft an unseren demokratischen Grundwerten arbeiten.“

Strategien gegen rechte Betriebsratslisten

Online-Veranstaltung des DGB Bildungswerk Bund



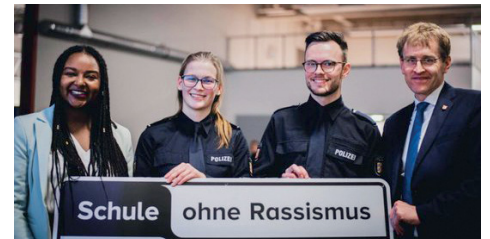
Bei den Betriebsratswahlen im Jahr 2018 suchten neu-rechte Netzwerke über Betriebsratslisten verstärkt den Zugriff auf die Arbeitnehmerenschaft. Thema der Online-Veranstaltung am 16.12., organisiert vom DGB Bildungswerk Bund, den Projekten DIAS (Demokratie in der Arbeitswelt stärken) und VAU (Vernetzung – Aufklärung – Unterstützung), lautete daher „Rechte Betriebsratslisten. Eine Gefahr für die Demokratie in der Arbeitswelt?“ Nach Begrüßung durch Kai Venohr, Referent beim DGB Bildungswerk Bund und Vorstandsmitglied der Gelben Hand, stellte Mina Schellschläger die Projekte DIAS und VAU vor, die sich mit Angeboten der Antirassismuserbeit an betriebliche Akteure und gewerkschaftliche Strukturen richten. Es folgte eine Bestandsaufnahme von Mark Haarfeldt, Projektleiter bei DIAS, wie die Neue Rechte und die AfD versuchten, Arbeiter*innen politisch anzusprechen. Die AfD sei, so Haarfeldt, trotz sozialpolitischer Feigenblätter im Kern immer noch neoliberal. Das Verhältnis zum DGB

habe sich in den letzten Jahren zu einer offenen Feindschaft entwickelt: „Die AfD und die gesamte Neue Rechte sagen, dass Gewerkschaften der Feind sind.“ Ein rechter Akteur, der dies befördert, ist das Zentrum Automobil – das sind rechte Betriebsräte vorrangig in der Automobilindustrie. Wie schwierig sich der Umgang mit rechten Betriebsräten in der Praxis gestaltet, schilderte der IG-Metall-Betriebsrat bei Daimler in Untertürkheim, Volker Wohlfahrth. Die „Zentrums-Leute“ würden nicht offenen Ausländerhass im Werk propagieren, sondern eine „Kümmere-Strategie“ fahren. Die IG Metall und auch ihre Betriebsräte im Werk haben sich jedoch mittlerweile besser darauf eingestellt: „Wir besetzen Themen positiv, machen interkulturelle Projekte.“ Auch sei man nicht mehr nur in Gremien, sondern stärker in der Fabrik präsent. Wichtig sei es, betont Wohlfahrth, selbst in die Offensive zu kommen, nicht nur zu reagieren, sondern die eigene gute Arbeit medial und kommunikativ besser darzustellen.

Polizeischüler*innen engagieren sich gegen Rassismus

Jugend- und Auszubildendenvertretung der Polizeischule Eutin erhält Sonderpreis der DGB Jugend

Auf Initiative ihrer Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) wurde die Polizeischule Eutin die erste Polizeischule mit dem Titel „Schule gegen Rassismus – Schule mit Courage“. Die JAV beschaffte 52 Plakate mit antirassistischen Motiven, die im Speisesaal aufgehängt wurden. Dafür wurden die Jugendlichen im Rahmen des Deutschen Personalräte-Preises 2020 mit dem Sonderpreis der DGB Jugend geehrt. Weitere Aktionen der JAV-Vereiner*innen waren eine Luftbildaufnahme von Menschen, die auf dem Sportplatz die Worte „No Racism“ bildeten. Darüber hinaus soll es nun mindestens einmal im Jahr einen Vortrag oder eine Podiumsdiskussion zum Thema Rassismus und Diskriminierung geben. Auch im Unterricht zur politischen Bildung



Die JAV-Vorsitzende Rieke Pätzold und ihr Stellvertreter Felix Fröhlich mit dem Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Daniel Günther (r.), und der stellvertr. Landtagspräsidentin Aminata Touré (l.), die die Initiative der JAV unterstützt haben.
(Foto: Landespolizei Schleswig-Holstein)

wurden diese Themen bereits behandelt. Wie die Vorsitzende der JAV, Rieke Pätzold, berichtete, kamen die Aktionen bei den Polizeikolleg*innen gut an: „Nachdem wir immer mehr Plakate, die wir uns über die Bundeskoordination „Schule ohne Rassismus“ (SOR) besorgt hatten, in unserem Speisesaal aufgestellt haben, wurden unsere Mitschüler*innen neugierig. Wir haben unser Projekt dann in mehreren Personalteilversammlungen vorgestellt und dafür geworben. Die Reaktionen waren durchgängig positiv und wir haben viel Zustimmung und Unterstützung erfahren.“ Dass junge angehende Polizist*innen sich mit diesen Themen auseinandersetzen, hält sie für sehr wichtig: „Zum einen sind wir Polizist*innen und stehen zu den Werten unseres Grundgesetzes. Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und die Achtung der Menschenrechte sind für uns nicht irgendwelche Floskeln! Wir glauben daran und sind froh, in einem Staat zu leben, der diese Rechte und Werte garantiert. Und zum anderen sind wir jung und engagiert. Wir schauen hin und mischen uns ein. Das machen wir im Großen, wenn es darum geht, Straftaten zu verfolgen. Das gilt aber auch im vermeintlich Kleinen, indem wir uns und unsere Kolleg*innen immer wieder selbst überprüfen und korrigieren. Wir achten einander und aufeinander. Jeder von uns steht mit seinem Handeln oder Nicht-handeln für das Bild der Polizei in Deutschland.“ Die Polizeischule in Eutin steht für ein Bild, in dem für Rassismus kein Platz ist!

Hass und Gewalt entgegentreten

Kommentar der GEW-Vorsitzenden Marlis Tepe zum Mord am französischen Lehrerkollegen Samuel Paty



Am 16. Oktober wurde in Frankreich der Lehrer Samuel Paty Opfer eines islamistischen Terrorakts, nachdem er im Unterricht zum Thema „Meinungsfreiheit“ Mohammed-Karikaturen gezeigt hatte. Ein 18-jähriger Attentäter tötete den Lehrer, nachdem er über das Internet davon erfahren hatte. Die deutsche Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) gedachte in einer Hauptvorstandssitzung des ermordeten Lehrerkollegen, bekundete der französischen Schwestergewerkschaft Solidarität und verurteilte den furchtbaren Mord. Nun äußert sich die Vorsitzende Marlis Tepe in einem Kommentar. Sie spricht über die Gefahr der Radikalisierung von Jugendlichen, die auch über das Internet geschehe, und fordert auch im Bildungswesen jeder Form von Hass und Gewalt entschieden entgegenzutreten. Der Mord an Paty hinterlasse, so Tepe, viele Fragen: „Wie konnte ein 18-Jähriger, der im Alter von fünf Jahren nach Frankreich gekommen war, zum Dschihadisten werden? Wie kann der Radikalisierung junger Menschen begegnet werden? Wie kann dem politischen Islamismus der Nährboden entzogen werden? Wie verhindern



Marlis Tepe, Vorsitzende der GEW (Foto: GEW)

wir, dass die Angst vor islamistischem Terror zu Vorurteilen gegenüber Muslim*innen an sich wird?“ Marlis Tepe zitiert als eine Antwort auf die Fragen den Journalisten Heribert Prantl. Der nannte in seiner Kolumne in der „Süddeutschen Zeitung“ folgende Ursachen für Radikalisierung: Arbeitslosigkeit, Abwertung, Armut. All dies könne zu Hass führen. Die GEW-Vorsitzende beobachtet diese negative Entwicklung in ganz Europa, sie führt dabei auch die Morde in Hanau und den Mord an Walter Lübcke an. Denn auch hier sei Hass die Grundlage gewesen: „Die Spaltung der Gesellschaft nimmt zu. Das gilt nicht nur für Frankreich, sondern für viele Gesellschaften.“ Im Bildungswesen gelte es daher, Haltung für ein demokratisches Miteinander zu zeigen, so Tepe: „Wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen. Auch die AfD-Portale, über die Lehrkräfte denunziert werden sollen, wollten Angst machen: Das haben sie nicht geschafft. Solidarität und Zusammenhalt sind unsere Stärke. Wenn Lehrkräfte bedroht oder unter Druck gesetzt werden, müssen sie sich darüber austauschen. Wir brauchen starke Schulleitungen, einen guten kollegialen Zusammenhalt – und nicht zuletzt mutige Gewerkschaften! Wir müssen die Unterstützung von Expert*innen aus der Zivilgesellschaft annehmen und den Dialog fördern. Miteinander zu feiern und zu essen, gehört zum Zusammenleben. Die Pandemie macht das zurzeit schwierig. Aber gerade im Winter brauchen wir Hoffnung und Zuversicht. Stellen wir sie Hass und Gewalt entgegen.“

Den Kommentar in voller Länge findet ihr unter: <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/hass-und-gewalt-entgegentreten/>

*Wir wünschen trotz
der schwierigen Umstände
durch die Corona-Pandemie
ein frohes Weihnachtsfest,
geruhsame Feiertage
und allen voran ein gesundes
sowie solidarisches Jahr 2021!*

Diskriminierungskritische Bildungsarbeit – Vielfalt leben!

Broschüre des Monats



Unterschiedliche Ansätze und Konzepte beschäftigen sich mit der Arbeit gegen Diskriminierungen in Kita, Schule, Hochschule, der kulturellen und politischen Bildung oder der sozialen Arbeit. Die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift Erziehung & Wissenschaft der GEW hat dieses Thema zum Schwerpunkt und stellt einige Ansätze davon vor. Diskriminierungskritische Bildung ist ein Querschnittsthema. „Menschenrechtsbildung, Digitalisierung, Gesundheits- und Gewaltprävention, Sexualpädagogik, Schulentwicklung

oder die Entwicklung von Spielen und Materialien sind ohne diese Arbeit nicht zu denken“, schreibt Gastkommentatorin Saraya Gomis. „Gleichzeitig kann Antidiskriminierungsarbeit nicht allein Schulen, Trägern der Kinder- und Jugendhilfe oder Hochschulen überantwortet werden.“ In diesem Spannungsfeld bewegen sich Bildungsinstitutionen. Einige Beispiele, wie man diskriminierungskritische Arbeit umsetzen kann, wie man Vielfalt und Akzeptanz fördern sowie Diskriminierung abbauen kann, werden in der Ausgabe vorgestellt und können als „Good Practice“ für gewerkschaftliche und betriebliche Multiplikator*innen dienen.

Die Ausgabe findet ihr unter: <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/diskriminierungskritische-bildungsarbeit-vielfalt-leben/>

Impressum

Herausgeber:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Vorstand: Dietmar Schäfers (IG BAU), Anne Jacobs (EVG), Romin Khan (ver.di), Regina Karsch (IG BCE), Sabrina Kunz (GdP), Marc Neumann (DGB), Kai Venohr (DGB Bildungswerk Bund)

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Schäfers

Koordination:

Dr. Klaudia Tietze

Redaktion:

Marco Jelic
Heide Siepmann
Caglar Ekici

Fotos: Gelbe Hand, DGB, Landespolizei Schleswig-Holstein, GEW

Verlag und Produktion:

digiteam
Volkardeyer Straße 1
40878 Ratingen
info@digiteam.de
Tel.: 0211-779299-0

Zuschriften/Kontakt:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.
Franz-Rennefeld-Weg 5
40472 Düsseldorf
Tel.: 0211-4 30 11 93
info@gelbehand.de

Web:

www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand